

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Verlagspreis: Die Wöchentliche Fortsetzung 20, Rücklage eine 30 Pf.

Abrechnungnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10 bei Teuchern vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal, und zwar Dienstag, Mittwoch und Freitag jeweils 7 Uhr für den folgenden Tag.



Bestellfähiger Bezug: durch unsere Geschäftsstelle 175 207, von uns unter dem Namen gebracht 195 207 und durch den Postträger 195 207.

Bestellfähiger und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von uns unten unten und allen Postämtern angenommen.

Amtesliches Verordnungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 90.

Sonnabend, den 2. August 1919.

58. Jahrgang.

Die letzte Woche.

Gerade zur fünften Wiederkehr des Tages der Mobilmachung von 1914 ist die stürmische Bergangheits-Debatte in der Nationalversammlung zu Weimar über die Friedensbedingungen des Sommers 1917 zum Abschluss gekommen. Nach dem, was in diesen Erörterungen ausgesprochen ist, können wir heute auch die Frage aufwerfen, ob der Krieg überhaupt zu verhindern war, denn Österreich-Ungarn ist von vornherein kein Bundesgenosse der erstklassigen Mächte gewesen. Von Berlin aus hat es im Juli 1914 an ersten Versuchen, den Frieden zu erhalten, nicht gefehlt, aber der Kriegswille der Entente war mächtiger. In vielwöchiger in Petersburg, Paris und London die Beendigung der Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns zureichender gewesen, als in Berlin, wo man im Ausdrücklichen Sinne auch von England so gut dachte, daß man nicht an seine Teilnahme am Kriege glauben wollte? Hat in London die Überzeugung bestanden, daß Österreich kein vollständiger Bundesgenosse für Deutschland sei, so wäre vor dem Beginn der kühnen britische Entschlossenheit zur Teilnahme am Kriege erklärt. Trotzdem hat England im Verlauf des Krieges hart genug in Verbindung geraten, und es hat dann auch nach Angelegenheiten gesucht, um für den schlimmsten Fall auch Eisen im Feuer zu haben, wie es immer die Methode der englischen Politik war. Das ist der Hintergrund des gegenwärtigen englischen Friedenswunsches vom 30. August 1917, der Großbritanniens zu nichts verpflichtet, aber doch zu einer Verhandlungsphase werden konnte, wenn es die Verhältnisse als ratsam erachteten ließen. Diese eigentliche Ansicht des Londoner Kabinetts hätte aber der Reichskanzler Dr. Michaelis sofort erkennen und es darauf festlegen sollen. Daraus wäre dann für Deutschland hätte eine wirksame diplomatische Waffe geworden, denn daß schon im September 1917 die Verhandlungen zum Frieden eingeleitet hätten, ist nicht anzunehmen. Denn man wüßte ja in London, oder erfuhr es doch gleich nachher, wie es um Österreich-Ungarn stand, nachdem man schon ein Vierteljahr vorher durch den Bruder der Kaiserin Frau von Österreich die Mitteilung erhalten hatte, daß der Wiener Hof zum Frieden geneigt war und ihn mit Opfern erkaufen wollte.

Und damit gelangen wir zu dem scharfen Gegensatz in der Auffassung der Kriegslage, wie er zwischen Wien und Berlin in jener kritischen Zeit bestand, über den in Weimar meist fortgegangen ist. Der Minister des Auswärtigen Graf Czernin, in Wien fast unter dem 12. August 1917 den Krieg zu bestimmen als verloren an, daß er mit schmerzlichen Anwandlungen für die Mittelmächte rechnete. Im Berliner Kramat vom 9. September 1917 füllten Hindenburg und Ludendorff dagegen noch die Fortdauer auf, die nach ihrem militärischen Ermessen für Deutschlands Sieg mit Bezug auf Belgien erforderlich seien. Das dieser Widerspruch der Wiener und Berliner Anschauungen über die Kriegslage auf die Dauer nicht gut tun konnte liegt auf der Hand. Und Tatsache ist, daß Österreich-Ungarn militärisch in Italien Mitte 1918 verlagte, als wir uns zu großen Hoffnungen anschickten. Wenn die österreichische Defensivstrategie im vollen Maße geltend worden wäre, so hätten wohl deutsche Truppen im Osten fortgenommen und zur Abwehr der mühen Soldaten im Westen verwendet werden können. Damit hätte sich im Oktober und November 1918 vielleicht alles geändert.

Wir müssen diese Bergangheits-Debatten schließlich doch zum Abschluss gelangen lassen, denn die Gegenwart hat das größte Recht, und die Pflicht, diesen zu genügen, sich obenan. Die Ansprüche der Entente auf Grund des Friedensvertrages, die schon laut werden, bestehen, daß uns nichts geschenkt werden wird, wir haben für Geld oder Gelbeswert, Sacharbeiter für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Städte und für Solden zu sorgen. Das alles ist nicht aus dem Boden zu kumpfen, und wir wollen nicht, daß die notwendige Arbeit nicht durch politischen Streit und Streit verfrachtet wird. Die Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar wendet sich jetzt wieder der Gesetzgebung zu. Nach der Reichsverfassung kommt die größten der zahlreichen Steuererträge an die Reichs.

Die Klärung des Friedensvertrages ist noch nicht weiter fortgeschritten, die amerikanische Volkserklärung in Washington führt fort, dem Präsidenten Wilson Schwierigkeiten zu bereiten. Erfolgreichweise macht sich trotzdem die bessere Ernährung in Deutschland geltend, unter Sankt hat sich wichtig ins Zeug gesetzt, und auch die heimischen Erzeugnisse sind befriedigend bis gut. Berichte voll Optimismus kommen besonders aus den Gebieten des Ostens, die uns verloren gehen sollen, das Aufheben des staatlichen Zusammenhanges mit Deutschland macht Umwälzungen für die Bevölkerung nötig, die wir im alten Deutschland gar nicht im vollen Umfang durchführen können.

Wenn Deutschland nicht unterzeichnet hätte.

Von gut unterrichteter Seite erfährt der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ in Rom, daß die Alliierten sich bereits grundsätzlich über die Maßnahmen geeinigt hätten, die für den Fall zu ergreifen waren, daß Deutschland der Friedensvertrag nicht unterzeichnet würde. Der erste Artikel des neuen Friedensvertrages, der Deutschland dann vorgelegt worden wäre, hätte folgendermaßen gelautet: „Das Deutsche Reich hat aufgehört zu bestehen.“ Die Alliierten hätten Deutschland dann in einzelne Staaten aufgeteilt die sich ohne die Zustimmung der Entente nicht wieder von neuem hätten zusammenschließen dürfen.

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Das Reichsnotgesetz — für den Feind.
Die Entente ist prompt auf dem Platz. Der Gehenswurf über das Reichsnotgesetz ist eben erst vom Staatsanwalter verabschiedet und noch nicht einmal der Nationalversammlung unterbreitet worden, und schon mettet sich der Eifer der Alliierten um die 80 bis 90 Milliarden, um die das Reich hier das deutsche Volksermögen erleichtern will, für sich in Anspruch zu nehmen. Auf die Maßnahmen, die aus seinen Beratungen herauskommen werden, darf man wohl einigermaßen neugierig sein. Immerhin hat es an Beratungen vor dem Gedrungen unterer Hände nicht gefehlt und ebenfalls an Vorschlägen, wie man es antworten könnte, auf anderen Wegen den Finanzbedarf der Reichsregierung zu befriedigen, ohne dadurch lediglich für die Steuererheber der Ententestaaten zu arbeiten.

Die Wiedereinnahme an Polen.

Freilich von Vertretern der Friedenskonferenz schriftlich mitgeteilt, daß Deutschland den von den Alliierten vorgeschlagenen Übertragung der Souveränität Deutschlands auf Polen für die abtretenden Gebiete angenommen habe.

Die Besetzung der Rheinlande.

Die Entente hat auf die deutschseits am 11. und 12. Juli in Versailles gestellten Forderungen wegen Ausführung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete in einem auf alle Einzelheiten der deutschen Wehrkraft eingehenden umfangreichen Schriftstück geantwortet, das in einer Reihe von wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkt die Besetzung trägt. Gleichzeitig erklärten sich die vier Wiedereinnahme bereit, die Verhandlungen über andere Punkte, namentlich über Art und Umfang der Besetzungen, fortzusetzen.

Die Militärliste.

Auf eine Anfrage von Lord Robert Cecil im englischen Unterhaus über den Mangel in Deutschland, der durch die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, monach 150 000 Militärliste abgestellt werden sollen, sich noch vorliegt, antwortete ein deutscher Vertreter, daß diese Abstellung geschehen würde, um die deutsche Requisition im besetzten Gebiete wieder aufzumachen. Er habe aber erfahren, daß diese Bestimmung nicht automatisch ausgeführt wird, sondern abhängig von den Beschlüssen des Wiedereinnahmungskomitees, der Tatsachen prüfen wird.

Ein Londoner Blatt teilt mit, daß man in Genävalien in Frankreich eine Zerlegung von 60 000 Militärlisten aus Amerika erwartet, wo sie mit großer Sorgfalt ausgeführt werden zur Wiederaufrichtung des französischen Militärbestandes.

Der Raufan gegen Erzberger.

Dem vatikanischen Korrespondenten der offiziellen französischen Zeitschrift wurde mitgeteilt, daß der Veröffentlichung der Dokumente durch Deutschland erklärt, daß der Sachverhalt ungenau dargestellt ist und falsch ausgelegt worden sei. Es handelte sich keineswegs um einen von England und Frankreich ausgehenden Friedensvertrag, sondern um die Klärung der Mittelung des englischen Reiches an den Reichstag, wenn nicht anders handelt sich vielmehr um das Gegenteil. Die Mitteilung zählte die Gründe auf, die einen Frieden in möglich machen, insbesondere jene, die Belgien betreffen. Der heilige Stuhl überdachte eine Erklärung mit einem Begleiterscheinenden an den Vatikan. Diese beiden Dokumente werden veröffentlicht werden. Es wäre dies bereits nachteilig für Deutschland, wenn nicht der „Observateur Roman“, das offizielle Organ des Vatikan, infolge des Streiks der Episcopaten am Erscheinung verhiert wäre.

Die Satas-Meldung wird durch ein Telegramm des römischen Korrespondenten der Londoner „Times“ bestätigt, der von Kardinalstaatssekretär Emissario wurde. Dieser konnte nicht den „Observateur Roman“, daß Erzbergers Erklärung nicht richtig war und daß der heilige Stuhl wegen des Mißverständnisses der betreffenden Dokumente dieselben veröffentlichen werde.

Stückler Paucellis nach München.

Der päpstliche Nuntius Monsignore Dr. Paucelli, der seit Auslösung der Republik in der Schweiz weilte, wird Anfang August wieder nach München zurückkehren. Der Exilote Monsignore Schioppa wird in München aus Rom, wo er zu Besuch seiner erkrankten Mutter weilte, in München bereits wieder eingetroffen sein. Man führt die Rückkehr beider päpstlichen Diplomaten, einer Meldung aus München zufolge, auf die Entschlüssen von Weimar und die demnach bevorstehenden Veröffentlichungen der Kurie zurück.

Neuorganisation der preussischen Polizei.

Die Bedingungen des Friedensvertrages legen dem Deutschen Reich, wie bekannt, die Verpflichtung auf, sein bestehendes Heer auf 100 000 Mann herabzusetzen. Diese 100 000 Mann sind aber in keiner Weise ausreichend, um bei der durch den Krieg und die Revolution gelockerten Moral und der dadurch vergrößerten Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Ordnung in allen Teilen des Reiches aufrecht zu erhalten, wie es für die Durchführung der Friedensbedingungen geboten ist. Es blieb also nichts übrig, da die Entente ein größeres Heer nicht zulassen will, als an einen Neuaufbau und eine Neuorganisation der preussischen Staatspolizei zu gehen. Die Organisation ist bereits im Gange. Über die Einzelheiten der Neuordnung wird folgendes bekannt:

In den preussischen Großstädten kam bisher auf etwa 250 bis 270 Köpfe ein Schutzmann, in den Berggemeinden auf etwa 3000 Köpfe ein Gendarm. Es ergab sich die Notwendigkeit, an Stelle der über das ganze Staatsgebiet verstreuten Schutzmannschaften junge Mannschaften, die nicht durch ihre Familien gebunden sind, für den Polizeidienst zu gewinnen. Nicht ist etwa beabsichtigt, die Schutzmannschaften zu mitalisieren, sie sind auch weiterhin unverändert bestehen und unter hohem Befehl stehen. Das wesentliche der Neuorganisation ist die Schaffung einer sogenannten Polizeiorganisation, die in der Hauptstadt auf 100 000 Mann zusammenstellt ist und die in Provinzen untergebracht wird, um für den Fall von Unruhen eine jederzeit bereitete Truppe zur Verfügung zu haben. Die Art der Verwendung abhelt der der militärischen Einheiten. Die Schutzmannschaften werden mit 10 bis 15 Mann in Gruppen ausgestellt sein. Die noch neu zu bildende Mannschaften wird sich im allgemeinen aus in Ruhe gebenden Unteroffizieren und Offizieren zusammensetzen.

Durch die Einführung des Militärstrafgesetzes auch bei der Polizei ist ein wesentlicher Dienstausbau zu verzeichnen, der, um zu gleichen Leistungen zu kommen, durch eine Vermehrung der Mannschaften ausgeglichen werden muß. Es ist daher in Preußen eine bedeutende Vermehrung der Schutzmannschaften notwendig. Im Großstadtgebiet Berlin würde danach die Schutzmannschaft die heute 7200 Köpfe zählt, auf etwa 3000 Köpfe vermindert werden müssen.

Die bisherigen Polizeibeamten sollen in den preussischen Städten ganz aus dem Sicherheitsdienst herausgehoben werden und im üblichen Polizeidienst Verwendung finden. Wechselschleife in der Gendarmenpolizei, Wehrpolizei, Bergpolizei usw. Diese Beamten sollen in Zukunft keine Befehle erteilen, sondern wie in England und Amerika mit einem Kommando ausgestellt werden. Die Frage, ob diese Beamten uniformiert werden, ist noch unentschieden.

Die alte Schutzmannschaft wird nach der Durchführung der Neuorganisation in der bisherigen Größe nicht mehr notwendig sein. Sie wird auf etwa die Hälfte vermindert werden müssen. Diese Verminderung soll jedoch in der Weise durchgeführt werden, daß feinerle Rechte irgend eines Beamten dabei berührt oder beschränkt werden.

Die gesamte Neuorganisation soll vorläufig nur eine beispielhaftige sein, aus der Rat des Augenblicks heraus geboren. Zahlreiche preussische Stadtverwaltungen sind wiederholt an den Minister herangetreten mit der dringenden Bitte, möglichst sofort für eine angemessene Vermehrung der Sicherheitspolizei zu sorgen. Die Staatsregierung hat vorläufig davon abgesehen, die Landesregierung mit dem Projekt zu befragen. Die Staatsregierung hat jedoch den Rat, wie er vorliegt, vor sich auszugeben. Die Zustimmung der Entente zu der Neuorganisation liegt zwar noch nicht vor, dürfte jedoch erfolgen, da nur auf diese Weise einmündigen die Weimar geschlossen werden können, die Friedensvertragsbestimmungen nach Möglichkeit durchzuführen und die Erfüllung des Vertrages nicht durch innere Unruhen zu gefährden.

Das Kompositum über die territorialen Fragen. Die Mehrheitsentscheidungen, das Zentrum und die Demokratie haben über die Frage der Ausschließung und Neugliederung von Bundesländern sich auf einen gemeinsamen Antrag zur dritten Lesung der Verfassung geeinigt. Danach soll im Art. 18 geagt werden, daß nicht drei Fünftel aller Wahlberechtigten, sondern aller abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten, zum Beschluß einer Verfassungsänderung erforderlich sind, und daß eine solche Abstimmung auszufällig ist, wenn es sich nur um Abänderung eines Teils eines preussischen Regierungsbezirks, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt. Die Abänderungen des Gebiets von Ländern und die Abänderung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgen durch beschließendes Bundesgesetz.

Die Städte und die Finanzverwaltung. Unter dem Vorbehalt des Oberfinanzdirektors Obermann sollen die

Zustände des Deutschen und Preussischen Städtetages in Berlin... Die Beschlüsse des Reichstages... Die Reichsverfassung...

Dritte Lesung der Reichsverfassung.

Beimar, 30. Juli 1919. In heutiger Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung wurden in ebenfalls reichem Tempo wie am Vormittag viele Artikel der deutschen Verfassung angenommen.

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Friedensvertrages mußte bei dem Artikel, der von der Verteidigung des Reiches handelt, eine Veränderung vorgenommen werden... Die militärischen Ehrenrechte, die nach dem Beschluß der zweiten Lesung aufgehoben waren...

Die Reichsverfassung... Die Reichsverfassung... Die Reichsverfassung...

Das neue deutsche Weisbuch. Ein Weisbuch über die Vorgesichte des Waffensstillstandes... Die Reichsverfassung... Die Reichsverfassung...

Keine politische Nachrichten.

Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Landes-Rundschau.

Polnische Grenzstreifen. Die Gemeinde Gergeje, die als ukrainisch-patriotisch bekannt war... Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Köln. Die belgische Kammer nahm den Gesetzentwurf an... Mons (Belgien). In den Kohlenbergwerken der Provinz Hennegau sind die Bergarbeiter und Steiger... London. Die englische Regierung hat dem Unterhaus mitgeteilt, daß sie im Herbst einen Gesetzentwurf gegen die Zerstörung einbringen wird... Belgrad. Der serbische Ministerpräsident hat die Demission des gesamten Kabinetts...

Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus Frankreich erfolgt Ende August?

Daraus meldet, der französische Minister hat den allgemeinen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen auf die Woche nach der Ratifikation des Friedensvertrages im französischen Parlament festgelegt... Die „Post“ des Kaiserprozesses. Frankfurt a. M., 30. Juli. Einer der ersten

englischen Juristen, der frühere Lordkanzler Buckmaster, hat nach einer Meldung des „Frank. Generalanzeigers“ im englischen Unterhaus... Zeitweise Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Der kommandierende General der amerikanischen Besatzungsbehörde richtete an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Schreiben, worin er mitteilt, daß die Rückkehr der Kriegsgefangenen ins Rheinland innerhalb weniger Tage erfolgen werde... Berlin, 1. August. Kapitänleutnant Kiesewetter Kommandant des in Spanien internierten U-Bootes, der trotz Zulassung freien Geleites im Tower in London festgesetzt worden war...

Bern, 31. Juli. Nach Mitteilung des Sekretariats des internationalen sozialistischen Kongresses in Bern haben sich bisher 25 Länder angemeldet... Basel, 31. Juli. Schweizerische Depeschen-Agentur. In einem heute früh erstellten Flugblatt fordert das Sozialkonto der Gewerkschaften einen allgemeinen Streik für heute mittig 12 Uhr auf...

Berlin, 1. August. Die Reichsregierung setzt heute nach Berlin zurück. Berlin, 1. August. Wie der deutsche Agenten berichtet wird, beschloß die offizielle sozialistische Partei Frankreichs gegen den Versailler Friedensvertrag zu stimmen.

Provinz und Nachbarstaaten. Erhöhung der Zettlation.

Berlin, 30. Juli. Wie amtlich mitgeteilt wird, soll ab 1. August 1919 eine Aufbesserung der Zettlation bis auf den Normalfuß von 100 Gramm je Kopf der Bevölkerung wöchentlich... Berlin, 30. Juli. Die amtlich mitgeteilt wird, soll ab 1. August 1919 eine Aufbesserung der Zettlation bis auf den Normalfuß von 100 Gramm je Kopf der Bevölkerung wöchentlich...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

schule sprechen. Professor Kohl ist der Mitbegründer der Thüringer Volkshochschulen, ja er hat die erste Anweisung zu dieser Einrichtung gegeben.

Wer muß nun Interesse an der Volkshochschule haben? Egentlich die Gesamtbevölkerung. In jeder Bevölkerungskategorie hat die Weiterbildung einen derart geringen Stand, daß Jeder zu dessen Hebung beitragen möchte... Berlin, 1. August. Wie der deutsche Agenten berichtet wird, beschloß die offizielle sozialistische Partei Frankreichs gegen den Versailler Friedensvertrag zu stimmen.

Berlin, 1. August. Wie der deutsche Agenten berichtet wird, beschloß die offizielle sozialistische Partei Frankreichs gegen den Versailler Friedensvertrag zu stimmen. Berlin, 1. August. Wie der deutsche Agenten berichtet wird, beschloß die offizielle sozialistische Partei Frankreichs gegen den Versailler Friedensvertrag zu stimmen.

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Wien. Die Reichsregierung hat die Aufforderung an den Anführer der letzten ungarischen Regierung... Berlin. Eidioren hat dem Vorliegen der Untersuchungskommission der preussischen Landesverwaltung... Weimar. Das Reichskabinett trat zu längeren Beratungen zusammen... Breslau. Der Holzarbeiterstreik nimmt auch in Schlesien an Umfang zu...

Lebensmittel.

Zum Verkauf kommen:
 1. Am 2. August 1919 vormittags, in den Batterverkauftstellen von Pösterlein, Nupich, Weißer, Lengacher und Müller
 a) auf die Fettmarke No. 18 **50 Gramm Auslandsbutter** zum Preise von 1,05 Mk.
 b) auf die Fettzulassmarke No. 18 **50 Gramm Auslandsbutter** zum Preise von 1,05 Mk.
 2. Am 2. August 1919 bei der Handelsfrau Anna Müller auf die Verkaufsnummern 481-620, bei dem Handelsmann Franz Nupich auf die Verkaufsnummern 621-880 für jede Person $\frac{1}{2}$ **Pfund Quark** zum Preise von 55 Pfg. Brotmarken sind vorzulegen.
 3. Am 2. August 1919 in dem Schulsaal in der Heigerstraße auf die Fettmarken No. 2 an die Inhaber der Verkaufsnummern 726-825 **1/2 Pfund Wurst**.
 Teuchern, den 1. August 1919.
 Der Magistrat. Zimmermann.

Stadtverordnetenversammlung.
 Die am 3. August stattfindende Sitzung findet nicht 2 Uhr sondern 4 Uhr statt.
 Der Stadtverordnetenvorsteher. Schwarz.

Obstverpachtung.
 Das späte Gartobst **Apfel u. Birnen** an den Baumpflanzungen der nachbenannten Provinzialstrassen soll
Sonnabend, den 2. August 1919 vormittags 9 Uhr in der Gastwirtschaft „Schloßkeller“ Zeigerstr. 15 hier, öffentlich verpachtet werden.
 a) Halle-Weihenfelds-Gedartsberga km 24,486 bis 24,6.
 b) Weihenfelds-Geig-Wiebelroth km 9,0 bis 10,160; 11,650 bis 12,8; 13,0 bis 13,114.
 Bedingungen im Termin.
 Weihenfelds, den 25. Juli 1919. Gempel, Straßenmessen.

Schlemmkreide
 eingetroffen bei **R. Näther.**
Geräuch. Delikatess-Heringe
 in Dosen, große Dose 10 Mk., kleine Dose 2 Mk.
Neue saure Gurken
 selbst eingelegt, Stück 40 und 50 Wenig empfiehlt
Carl Hoffmann.

Neue selbsteingelegte
saure Gurken
 empfiehlt billigst **R. Näther.**

Achtung Achtung
Sonntag, den 3. August, nachmittags 2 Uhr
 im „Norddeutschen Hof“
Öffentliche

Volkversammlung
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Professor Roth, Jena, über:
Was bringt die Volkshochschule der Arbeiterschaft.
 2. Freie Aussprache.
 Der Mitbegründer der Thüringer Volkshochschulen wird dieses hochinteressante Thema behandeln. Zweck und Ziele, wie auch die ganze Einrichtung der nächsten zu gründenden Volkshochschule sollen erörtert werden. Darum verlaufe niemand diese wichtige Versammlung.
 Der Einberufer.

Lichtspiele „Weiße Wand“

Sonnabend, d. 2. und Sonntag, d. 3. August
Fern Andra! **Fern Andra!**

Die beliebte Künstlerin in der Hauptrolle
Zwei Menschen

Drama in 5 Akten.
 Da genannter Film auf dem Spielplan aller großen Lichtspieltheater steht, kann er nur 2 Tage hier gezeigt werden.
 Dazu
Carola Edle.

Chrysantheme

Drama in 4 Akten.
Voranzeige.

Dienstag, d. 5., Mittwoch, den 6. u. Donnerstag, den 7. August

Die Liebe der Bajadere
 Film-Schauspiel in 5 Akten

Um recht zahlreichen Besuch bittet
 W. HÖHN.

Teuchern.

Amerikan. Schmalz
 per Pfund 15,00 Mk.
Amerikanischer Speck
 per Pfund 13,00 Mk.
1a holländischer Kakao
 per Pfund 22,00 Mk.
gebrannten Vollkornkaffee
 per Pfund 20,00 Mk.
1918er Sardellen
 per Pfund 9,00 Mk.
feinste Delfardinen
 Dose 4,75 Mk.
Olivenöl
 das Liter 28,00 Mk.
feinste Nürnberger Salzcurfen
 Stück 75 Wenig

empfehlen
Ferdinand Grefse.
Himbeersaft
 gar. rein mit Zucker
 empfiehlt
Br. Billhardt.
Zum guten Tropfen
 Sonnabend d. 2. u. Sonntag d. 3. August

Euten- und Raningenauskegeln
 freundlichst ladet ein
Bräu Bornschein.

Restaurant Runtal
 Zu meinem am Sonntag den 3. August stattfindenden

Vogelschiessen
 lade freundlichst ein
Dr. Gierth.
 Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Sportplatz am Dammweg.
Sonntag den 3. August
 nachm. $\frac{1}{3}$ Uhr
Fussball-Wettbewerb
 Sportvereinigung (früher Hohenzollern) III Weihenfelds gegen Sportvereinigung „Erfag-Elf“ Teuchern.

Teuchern Schützenplatz (Gemütliche Ecke)
W. Billes Kunst-Figuren Theater.
 Freitag, d. 1. August
Männer-Stolz und Frauen-Rache.
 Schauspiel in 5 Akten.
Sonnabend d. 2. August
Die Grube zu Hekendorf
 oder **Bergknappe u. Obersteiger**
 Schauspiel in 5 Akten.
Sonntag, d. 3. August
Die Zwergschlucht zu Wolkenstein
 oder **Der Frauenräuber**
 Schauspiel in 5 Akten
Nachmittags $\frac{1}{4}$ Uhr Kindervorstellung
Rasper in Tyrol
 Lustspiel in 5 Akten
 Es ladet freundlichst ein **W. Bille.**

Beamtenvereinigung Teuchern und Umgegend
Sonntag, d. 3. August, vormittags 10 Uhr
Vertholds Restaurant
Vortrag
 des Abg. d. Deutschen Nat.-Verf. **Kronen** (Recht-Soz.) über
Die Stellung der Beamten in der deutschen Republik.

Alle Beamte aus Teuchern u. Umgegend, auch Nichtmitglieder, werden hierdurch herzlich eingeladen. Der befristeten Zeit des Referenten wegen muß die Verlesung frühlich beginnen. **Der Vorstand.**

Volkshund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.
 Ortsgruppe Teuchern
 Zum Besten unserer demnächst heimkehrenden Gefangenen findet am
Sonntag den 10. August
 im Gasthof zum Löwen
Theater und Ball von abends 7 Uhr an
 Theater ausgeführt vom V. V. „Fidelio“ Teuchern.
 im Gasthof zum grünen Baum
Ball von nachmittags 4 Uhr an statt.
 Der Reinertrag bleibt zu Gunsten unserer Kriegs- und Zivilgefangenen im Orte.
 Die umliegenden Ortschaften gehören der Ortsgruppe Teuchern an.
 In Anbetracht dieses guten Hilfswerkes, bitten wir um recht zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.

Sportvereinigung von 1919.
 Zu unterm am
Sonnabend, den 2. August d. Js. von abends 6 Uhr
 ab im Saale des Gasthofs zum Löwen stattfindenden
Sommer-Vergnügen
 laden wir die geehrte Einwohnerschaft von Teuchern und Umgegend sowie Sportinteressenten höflich ein.
Der Vorstand.

Schützensalon.
Sonntag, den 3. August
Grosses Sommer-Vergnügen
Anfang nachmittags 4 Uhr **Entrée 25 Pfg.**
ff. Bier - hell und dunkel.
Kaffee und Kuchen
 Wom freundlichst einladet **Emil Schirmer.**

Gasthof Gröben.
 Die Gesellschaft Edelweiß, Gröben, veranstaltet
Sonnabend, den 2. August, abends 7 Uhr einen
Wohltätigkeits-Ball
 zum Besten der heimkehrenden Kriegsgefangenen.
 Laden dazu die geehrte Einwohnerschaft von Gröben u. Umgebung freundlichst ein.
 Alle aus dieser Veranstaltung erzielten Reinerträge kommen ungekürzt den Gefangenen zu Gute.
Die Gesellschaft.

Auf nach Meineweh!
Burschen- u. Mädchenvereinigung
Veilchenblau Schortau.
 Zu dem am **Sonntag den 3. August** im Landmann'schen Gasthof stattfindenden
BALL
 laden ergebenst ein
Der Vorstand. **Der Wirt.**

Die Verlobung unserer Kinder
Fridel und Albin
 beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Albert Müller und Frau Selma, geb. Wittig.
Eduard Schwabe.
 Teuchern.
Fridel Müller
Albin Schwabe
 Verlobte
 im Juli 1919
 Gröben

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Beferenz Teuchern.

Österreichischer Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verlagspreis: Der Anzeiger kostet wöchentlich 20, Reichsmark, alle 30 W.
Wartungsanfrage in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Reichstrasse 10
des Monats vom 1. bis 10. Uhr. Offener und langwieriger Anzeiger
werden am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheinet wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
ebenfalls 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtaglicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,75 RM.
von unserer Post ins Haus gebracht 1,95 RM und durch den
Postträger 1,95 RM.

Stichtagliche und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Reichstrasse 10, auch von unseren Botsen und allen
Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 90.

Sonntag, den 2. August 1919.

58. Jahrgang.

Die letzte Woche.

Gerade zur fünften Wiederkehr des Tages der Mobilisierung von 1914 ist die stürmische Bergangheits-Debatte in der Nationalversammlung zu Weimar über die Friedensbedingungen des Sommers 1917 zum Abschluss gekommen. Nach dem, was in diesen Erörterungen ausgesprochen ist, können wir heute auch die Frage aufwerfen, ob der Krieg überhaupt zu verhindern war, denn Österreich-Ungarn ist von vornherein kein Bundesgenosse der kaiserlichen Mächte gewesen. Von Weimar aus hat es im Juli 1914 an ernstlichen Versuchen, den Frieden zu erhalten, nicht gefehlt, aber der Kriegswille der Entente war mächtiger. Ist nicht leicht in Petersburg, Paris und Rom die Bewusstheit der Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns zureichender gewesen, als in Berlin, wo man im Auswärtigen Amt auch von England so gut dachte, daß man nicht an seine Teilnahme am Kriege glauben wollte? Hat in London die Ueberzeugung bestanden, daß Österreich kein vollwertiger Bundesgenosse für Deutschland sei, so wäre von vornherein die kaiserliche Entschlossenheit zur Teilnahme am Kriege erklärt.

Darüber ist England im Verlauf des Krieges hart genug in Bedrängnis geraten, und es hat dann auch nach Angehörigen gesucht, um für den schlimmsten Fall zwei Eisen in Feuer zu haben, wie es immer die Methode der englischen Politik war. Das ist der Hintergedanke des sogenannten englischen Friedensvertrages vom 30. August 1917, der Großbritannien zu nichts verpflichtete, aber doch zu einer Verhandlungsstufe herbeiführen konnte, wenn es die Verhältnisse als ratsam erscheinen ließen. Diese eigentliche Absicht des Londoner Kabinetts hätte aber der Reichskanzler Dr. Michaelis sofort erkennen und es darauf festhalten sollen. Daraus wäre dann für Deutschland hätte eine wirksame diplomatische Waffe geworden, denn daß schon im September 1917 die Verhandlungen zum Frieden geführt hätten, ist nicht anzunehmen. Denn man wüßte ja in London, oder erfuhr es doch gleich nachher, wie es um Österreich-Ungarn stand, nachdem man schon ein Vierteljahr vorher durch den Bruder der Kaiserin Zita von Österreich die Mitteilung erhalten hatte, daß der Wiener Hof zum Frieden geneigt war und ihn mit Opfern erkaufen wollte.

Und damit gelangen wir zu dem scharfen Gegensatz in der Auffassung der Kriegslage, wie er zwischen Wien und Berlin in jener kritischen Zeit bestand, über den in Weimar meist forgottenen ist. Der Minister des Auswärtigen Graf Czernin, in Wien im Winter des 12. August 1917 den Krieg so bestimmt als verloren an, daß er mit schmerzlichen Vanderversüssen für die Mittelmächte rechnete. Im Berliner Kramat vom 9. September 1917 füllten Hindenburg und Ludendorff dagegen noch die Fortreibungen auf, die nach ihrem militärischen Ermessen für Deutschlands Schutz mit Bezug auf Belgien erforderlich seien. Auch dieser Widerspruch der Wiener und Berliner Meinungen über die Kriegslage auf die Dauer nicht gut tun konnte liegt auf der Hand. Und Tatsache ist, daß Österreich-Ungarn militärisch in Italien Mitte 1918 verlagte, als wir uns zu großen Hoffnungen anschickten. Wenn die österreichische Devotion rechtzeitig im vollen Maße gewirkt worden wäre, so hätten wohl deutsche Truppen im Osten fortgenommen und zur Abführung der müden Soldaten im Westen verwendet werden können. Damit hätte sich im Oktober und November 1918 vielleicht alles geändert.

Wir müssen diese Bergangheits-Debatten kritisch doch zum Abschluß gelangen lassen, denn die Gegenwart hat das größte Recht, und die Pflicht, diesen zu genügen, steht obenan. Die Ansprüche der Entente auf Grund des Friedensvertrages, die schon laut werden, beweisen, daß uns nichts geschenkt werden wird, wir haben für Geld oder Geldeswert, Sacharbeiter für den Wiederanbau der verletzten französischen Städte und für Kohlen zu sorgen. Das alles ist nicht aus dem Boden zu kumpfen, und wir wollen hoffen, daß die notwendige Arbeit nicht durch politischen Streit und Streit verfrachtet wird. Die Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar wendet sich jetzt wieder der Gesetzgebung zu. Nach der Reichsverfassung kommt die größten der zahlreichen Erntegeräte an die Reihe.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages ist noch nicht weiter fortgeschritten, die amerikanische Vollversammlung in Washington führt fort, dem Präsidenten Wilson Schwierigkeiten zu bereiten. Ertrübnisweise macht sich trotzdem die bessere Entscheidung in Deutschland geltend, unter demselben hat sich wenigstens ein wenig gezeigt, und auch die heimischen Erntegeräte sind befriedigend bis gut. Berichte voll Optimismus kommen besonders aus den Gebieten des Ostens, die uns verloren gehen sollen, das Aufwachen des kaiserlichen Zusammenhanges mit Deutschland macht Umwälzungen für die Bevölkerung nötig, die wir im alten Deutschland gar nicht im vollen Umfang durchführen können.

Wenn Deutschland nicht unterzeichnet hätte.

Von gut unterrichteter Seite erfährt der Korrespondent der „Köfischen Zeitung“ in Rom, daß die Alliierten sich bereits grundsätzlich über die Maßnahmen geeinigt hätten, die für den Fall zu ergreifen waren, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnete. Der erste Artikel des neuen Friedensvertrages, der Deutschland dann vorgelegt worden wäre, hätte folgendermaßen gelaute: „Das Deutsche Reich hat aufgehört zu bestehen.“ Die Alliierten hätten Deutschland dann in einzelne Staaten aufgeteilt die sich ohne die Zustimmung der Entente nicht wieder von neuem hätten zusammenschließen dürfen.

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Das Reichsnotgesetz — für den Feind.
Die Entente ist prompt auf dem Platz. Der Gegenwart über das Reichsnotgesetz ist eben erst vom Staatsratsamt verabschiedet und noch nicht einmal der Nationalversammlung unterbreitet worden, um



und durch die Einführung des Militärstrafgesetzes auch bei der Polizei ist ein wesentlicher Dienstleistungs zu verzeichnen, der, um zu der gleichen Stellung zu kommen, durch eine Veranschlagung der Mannschaften ausgeglichen werden muß. Es ist daher in Preußen eine bedeutende Reorganisation der Schutzmannschaft notwendig. Im Reichspolizeibereich Berlin würde danach die Schutzmannschaft, die heute 7200 Köpfe zählt, auf etwa 9000 Köpfe vermehrt werden müssen.

Die bisherigen Polizeibeamten sollen in den preußischen Städten ganz aus dem Sicherheitsdienst herausgezogen werden und im übrigen Volkswirtschaft Verwendung finden. Die Mannschaften in der Gendarmerie, Berlinerpolizei, Bergpolizei usw. Diese Beamten sollen in Zukunft keine Waffen tragen, sondern wie in England und Amerika mit einem Gummiknüppel ausgerüstet werden. Die Frage, ob diese Beamten uniformiert werden, ist noch unentschieden.

Die alte Schutzmannschaft wird nach der Durchführung der Reorganisation in der bisherigen Stärke nicht notwendig sein. Sie wird auf etwa die Hälfte verringert werden müssen. Diese Verringerung soll jedoch in der Weise durchgeführt werden, daß keinerlei Rechte irgend eines Beamten dabei berührt oder beschränkt werden.

Die gesamte Reorganisation soll vorläufig nur eine behelfsmäßige sein, aus der Rat des Augenblicks heraus geboren. Zahlreiche preussische Stadterverwaltungen sind wiederholt an den Minister herangetreten mit der Bitte, die Reorganisation der Schutzmannschaft zu fordern. Die Staatsregierung hat vorläufig davon abgesehen, die Landesverwaltung mit dem Projekt zu befragen. Die Staatsregierung hat jedoch den Plan, wie er vorliegt, vor sich auszuwickeln. Die Zustimmung der Entente zu der Reorganisation liegt zwar noch nicht vor, dürfte jedoch erfolgen, da nur auf diese Weise einmündigen die Garantien geschaffen werden können, die Friedensvertragsbestimmungen nach Möglichkeit durchzuführen und die Erfüllung des Vertrages nicht durch innere Unruhen zu gefährden.

Das Kommando über die territorialen Truppen der Wehrmachtsgesellschaft, das Zentrum und die Demokraten haben über die Frage der Ausbildung und Neugliederung von Bundesstaaten, die auf einen gemeinsamen Antrag zur dritten Lesung der Verfassung genehmigt. Danach soll im Art. 18 gelangt werden, daß nicht drei Fünftel aller Wahlberechtigten, sondern aller abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten, zum Beschluß eines Verfassungsänderungsbeschlusses erforderlich sind, und daß eine solche Abstimmung auch zulässig ist, wenn es sich nur um Abtrennung eines Teils eines preussischen Regierungsbezirks, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt. Die Veränderungen des Gebiets von Ländern und die Neuabgrenzung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgen durch Verfassungsänderungsbeschlüsse.

Die Städte und die Finanzreform. Unter dem Vorbehalt des Oberfinanzdirektors Hermann treten die

Neuorganisation der preussischen Polizei.

Die Bedingungen des Friedensvertrages legen dem Deutschen Reich, wie bekannt, die Verpflichtung auf, sein bestehendes Heer auf 100.000 Mann herabzusetzen. Diese 100.000 Mann sind aber in keiner Weise ausreichend, um bei der durch den Krieg und die Revolution gelockerten Moral und der dadurch vergrößerten Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Ordnung in allen Teilen des Reiches aufrecht zu erhalten, wie es für die Durchführung der Friedensbedingungen geboten ist. Es bleibt also nichts übrig, da die Entente ein größeres Heer nicht zulassen will, als an einen Neuaufbau und eine Neuorganisation unserer Staatspolizei zu gehen. Die Reorganisation ist bereits im Gange. Hier die Einzelheiten der Neuordnung wird folgendes beinahe:

In den preussischen Großstädten kam bisher auf etwa 250 bis 270 Köpfe ein Schutzmann, in den Stadtgemeinden auf etwa 3000 Köpfe ein Gendarm. Es ergab sich die Notwendigkeit, an Stelle der über das ganze Gebiet verstreuten Schutzmannschaft junge Mannschaften, die nicht durch ihre Familien gebunden sind, für den Polizeidienst zu gewinnen. Nicht ist eine vollständige, die Schutzmannschaft zu ersetzen, es wird auch weiterer Personalbedarf haben und unter zöllen Befehl stehen. Das wesentliche der Neuorganisation ist die Schaffung einer sogenannten Schutzpolizei in der Stadt, die in der Stadtfläche aufstehen können zusammengefaßt ist und die in Frage nicht untergebracht wird, um für den Fall von Unruhen eine jederzeit bereitete Truppe zur Verfügung zu haben. Die Art der Verwendung ähnelt der der militärischen Schutzpolizei. Die Schutzpolizei wird mit 1000 Mann in 1000 Mann untergebracht sein. Die noch neu zu bildende Mannschaft wird sich im allgemeinen aus im Jahre gebildeten Interoffizieren und Offizieren zusammensetzen.

Die Einführung des Militärstrafgesetzes auch bei der Polizei ist ein wesentlicher Dienstleistungs zu verzeichnen, der, um zu der gleichen Stellung zu kommen, durch eine Veranschlagung der Mannschaften ausgeglichen werden muß. Es ist daher in Preußen eine bedeutende Reorganisation der Schutzmannschaft notwendig. Im Reichspolizeibereich Berlin würde danach die Schutzmannschaft, die heute 7200 Köpfe zählt, auf etwa 9000 Köpfe vermehrt werden müssen.

Die bisherigen Polizeibeamten sollen in den preussischen Städten ganz aus dem Sicherheitsdienst herausgezogen werden und im übrigen Volkswirtschaft Verwendung finden. Die Mannschaften in der Gendarmerie, Berlinerpolizei, Bergpolizei usw. Diese Beamten sollen in Zukunft keine Waffen tragen, sondern wie in England und Amerika mit einem Gummiknüppel ausgerüstet werden. Die Frage, ob diese Beamten uniformiert werden, ist noch unentschieden.

Die alte Schutzmannschaft wird nach der Durchführung der Reorganisation in der bisherigen Stärke nicht notwendig sein. Sie wird auf etwa die Hälfte verringert werden müssen. Diese Verringerung soll jedoch in der Weise durchgeführt werden, daß keinerlei Rechte irgend eines Beamten dabei berührt oder beschränkt werden.

Die gesamte Reorganisation soll vorläufig nur eine behelfsmäßige sein, aus der Rat des Augenblicks heraus geboren. Zahlreiche preussische Stadterverwaltungen sind wiederholt an den Minister herangetreten mit der Bitte, die Reorganisation der Schutzmannschaft zu fordern. Die Staatsregierung hat vorläufig davon abgesehen, die Landesverwaltung mit dem Projekt zu befragen. Die Staatsregierung hat jedoch den Plan, wie er vorliegt, vor sich auszuwickeln. Die Zustimmung der Entente zu der Reorganisation liegt zwar noch nicht vor, dürfte jedoch erfolgen, da nur auf diese Weise einmündigen die Garantien geschaffen werden können, die Friedensvertragsbestimmungen nach Möglichkeit durchzuführen und die Erfüllung des Vertrages nicht durch innere Unruhen zu gefährden.

Das Kommando über die territorialen Truppen der Wehrmachtsgesellschaft, das Zentrum und die Demokraten haben über die Frage der Ausbildung und Neugliederung von Bundesstaaten, die auf einen gemeinsamen Antrag zur dritten Lesung der Verfassung genehmigt. Danach soll im Art. 18 gelangt werden, daß nicht drei Fünftel aller Wahlberechtigten, sondern aller abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten, zum Beschluß eines Verfassungsänderungsbeschlusses erforderlich sind, und daß eine solche Abstimmung auch zulässig ist, wenn es sich nur um Abtrennung eines Teils eines preussischen Regierungsbezirks, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt. Die Veränderungen des Gebiets von Ländern und die Neuabgrenzung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgen durch Verfassungsänderungsbeschlüsse.

Die Städte und die Finanzreform. Unter dem Vorbehalt des Oberfinanzdirektors Hermann treten die